

Abbau von Bundesarbeitsplätzen vor allem zu Lasten der Berggebiete.

## **Die grossen Brocken kommen erst noch**

Der Stellenabbau bei Bund, PTT und SBB von 1991 bis 1994 geht vor allem zu Lasten des Berggebietes. Während gesamtschweizerisch ein Minus von 1,2 Prozent zu verzeichnen ist, werden im Berggebiet 5,3 Prozent aller Bundesarbeitsplätze abgebaut. Während von 1985 bis 1989 lediglich acht Regionen einen Verlust hinnehmen mussten, sind es nun 41 von 54. Ohne Gegenmassnahmen wird sich die Bilanz wegen des massiven Abbaus von Bundesarbeitsplätzen in den nächsten Jahren drastisch verschlechtern. Gehalten haben sich bis letztes Jahr die Bundesarbeitsplätze in den grossen mittelländischen Zentren.

Das Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit Biga veröffentlicht seit 1982 eine Übersicht über die räumliche Verteilung der Bundesarbeitsplätze. Diese liegt nun vor für die Jahre 1991 bis 1994. Sie kann jedoch wegen neuer Grundlagen (Personalerhebung des Eidgenössischen Personalamtes) nicht mehr mit den Auswertungen von 1981, 1984 und 1988 verglichen werden.

### **Bundesrat will Regionalpolitik überdenken**

1994 beschäftigte die Eidgenossenschaft im Inland 144'499 Personen (Voll- und Teilzeitbeschäftigte). Das sind rund 1700 Personen oder 1,2 Prozent weniger als 1991. Verglichen mit 1993, dem Jahr mit dem höchsten Personenbestand, war der Abbau nahezu doppelt so hoch. Die Entwicklung verlief jedoch gegenläufig. PTT, SBB und EMD bauten in nur drei Jahren zusammen über 4'000 Personen ab, die zivilen Departemente verzeichneten noch eine Zunahme. Der massive Stellenabbau wird sich erst in den kommenden Jahren voll auf die Bilanz der Bundesarbeitsplätze auswirken.

Das Bundesgesetz über Investitionshilfe im Berggebiet IHG definiert die 54 IHG-Regionen, wo EMD und SBB überdurchschnittlich viele Voll- und Teilzeitstellen abbauten und die Zivilverwaltung eine unterdurchschnittliche Zunahme zeigt. Einzig bei den PTT ist der Stellenrückgang mit der gesamtschweizerischen Entwicklung vergleichbar. Die Reorganisations- und Rationalisierungsvorhaben werden die Entwicklung in den kommenden Jahren nicht abbrechen lassen, meint das Biga. Dies ist einer der Gründe, weshalb der Bundesrat eine generelle Überprüfung seiner regionalpolitischen Instrumente und eine Neuorientierung seiner Regionalpolitik eingeleitet hat.

### **Schlechtere Bilanz für 41 der 54 IHG-Regionen**

Der Abbau von Bundesarbeitsplätzen ist in den IHG-Regionen mit 5,3 Prozent wesentlich stärker ausgefallen als gesamtschweizerisch (-1,2 Prozent). Der Anteil der Bundesbeschäftigten in IHG-Regionen ist von 19,2 Prozent auf 18,4 Prozent gesunken (-1491 Personen). Die Bilanz 1991 zu 1994 fiel für 41 der 54 IHG-Regionen schlechter aus. Dies gilt in erster Linie für die Regionen Thun-Innertport (-431 Personen oder -8,5 Prozent der Bundesarbeitsplätze in der Region), Uri (-276 Personen, -12,1 Prozent), Innerschwyz (-78 Personen, -7,7 Prozent), Oberland Ost (-77 Personen, -5,9 Prozent) und Jura-Bienne (-70 Personen, -2,2 Prozent). In den meisten Regionen ist der Rückgang hauptsächlich auf das EMD und die Rüstungsbetriebe zurückzuführen. Ein Lichtblick ist die Zunahme in der Region Prättigau (+31 Personen, +49 Prozent), wo die PIT eine Telefonzentrale einrichteten. Im übrigen haben die PTT (36,0 Prozent) das EMD (35,2 Prozent) als bedeutendsten Bundesarbeitgeber in den IHG-Regionen abgelöst. Die PTT-Arbeitsplätze sind auch am dezentralsten verteilt.

Über zwei Drittel aller Bundesbeschäftigten arbeiten in den grossen Zentren Bern, Zürich, Waadt, Tessin, St. Gallen und Luzern. Andererseits arbeiten rund 4 Prozent in den Kantonen Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Glarus, Zug, Schaffhausen, Jura und den beiden Appenzell. Mit Ausnahme von Zürich, Bern, Zug, Freiburg, Basel-Landschaft und Appenzell IR verzeichnen alle Kantone weniger Bundesarbeitsplätze (am ausgeprägtesten GE -403, TI -292, UR I -276, SG -265, LU -227). 1991 betrug der Anteil der Bundesbeschäftigten am Gesamttotal aller Beschäftigten gesamtschweizerisch 3,6 Prozent und im Berggebiet 3,3 Prozent. Die kantonalen Anteile schwanken zwischen 12,7 Prozent im Kanton Uri und 0,6 Prozent im Kanton Appenzell IR.

## **Regionalpolitisch und personalpolitisch handeln**

Der Bundesrat will die Regionalpolitik überprüfen. Das ist gut, genügt aber nach Ansicht des Föderativverbandes, dem auch der VPOD angehört, nicht. Bundesverwaltung einschliesslich EMD und Zoll, PTT und SBB sollten ihre Reorganisations- und Rationalisierungsmassnahmen bremsen und die Vernichtung von Bundesarbeitsplätzen stoppen. Weiter sind die Reorganisationen (beispielsweise bei EMD und Rüstungsbetrieben) und die Überprüfung der Dienstleistungsangebote (beispielsweise Schliessung von Stellen und Stationen) nicht in erster Linie nach finanziellen, sondern nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten zu beurteilen. Ausserdem dürfen in peripheren Gebieten angesiedelten Dienststellen und Bundesarbeitsplätze nicht (wie in den vergangenen Jahren) abgezogen und in mittelländischen Kantonen zentralisiert werden. Anstatt Bundesämter zu verlegen, sind vorab neue Dienststellen in wirtschaftlich

benachteiligten Regionen anzusiedeln und schliesslich mit innovativen Projekten Bundesarbeitsplätze im Berggebiet zu erhalten und zu schaffen.

Das Biga schreibt im Kommentar, der Bund müsse sich auch in den kommenden Jahren bemühen, dass der Stellenabbau nicht mit Entlassungen, sondern mit anderen personalpolitischen Massnahmen erfolgen kann (Frühpensionierungen, Nichtersetzen von Vakanzen, Stellenverschiebungen). Dazu gehören für den Föderativverband auch eine funktionierende Stellenvermittlung sowohl innerhalb des Bundes und seiner Betriebe wie extern sowie zusätzliche personalpolitische Massnahmen. nicht zuletzt eine weitere beschäftigungswirksame Arbeitszeitverkürzung.

Samuel Koenig.

Der öffentliche Dienst, 3.2.1995.

Personen > Koenig Samuel. Bundesverwaltung. Stellenabbau. OeD, 1995-02-03